

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 292-308
Tel.-Nr. 1000: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Erfüllungszeit 9-5 Uhr

Verleger: Hermann-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 2903-2907

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Henderson für Revision des Friedens.

London, 24. Februar. (WTB.) Der englische Innenminister Arthur Henderson befaßte sich gestern in einer Wahlrede in Burnley mit der internationalen Lage unter besonderer Bezugnahme auf die Notwendigkeit einer Revision des Versailler Vertrages.

Er sagte, die Tatsache, die am meisten in der internationalen Lage hervorsteche, sei die, daß

Die Friedensverträge festgeschrieben

seien. Was auch immer die Ansichten der alliierten Staatsmänner waren, die ihre Länder in Paris vertreten, es sei ihnen nicht gelungen, einen gerechten und dauernden Frieden zustande zu bringen. Die Politik, die nach dem Waffenstillstand angenommen wurde, habe Europa Chaos, Ruin, Hungersnot, Krankheit und Tod gebracht. Die Aufgabe, der MacDonald und die Regierung gegenüberstanden, sei nicht nur die Frage, wie die Entstillung aufgehoben werden könne, sondern wie verhindert werden könne, daß der bisherige wirtschaftliche Ruin weitere Fortschritte mache. Die Aufgabe der Regierung sei es, einen wirklichen Frieden zu schaffen, Handel und Verkehr wiederherzustellen und sie auf eine so feste Grundlage zu setzen, daß die Zivilisation niemals wieder von einer ähnlichen Gefahr bedroht werde. Daher müßten alle, die den Frieden schätzten, und die wünschten, den Beginn einer neuen Ära internationalen Zusammenwirkens und Wohlwollens zu sehen, auf der sich nicht umgehen

Revision des Vertrages von Versailles

als einer unbedingten Notwendigkeit bestehen, ebenso wie auf einer Lösung des umfassensten Reparationsproblems. Was sowohl die territorialen, als auch die wirtschaftliche Seite des Versailler Vertrages betreffe, so sei eine Revision seiner Ansicht nach nicht nur wünschenswert, sondern seit langem überfällig. Der Versailler Vertrag sei gewissermaßen der Grundstein der dem Waffenstillstand vorausgehenden Vereinbarung, unter der Deutschland die Waffen streckte, entgegensteht. Der Versailler Vertrag enthalte territoriale und wirtschaftliche Klauseln, die Tatsachen ableugneten, die sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach in öffentlichen Erklärungen enthalten seien, die von den alliierten Staatsmännern während des Krieges abgegeben wurden. Der Vertrag habe den Kampf der Völker um Befreiung und Schaffung einer Herrschaft des Rechts in einen tatsächlichen Bürgerkrieg umgewandelt. Die Bestimmungen des Vertrages verfolgten den Zweck, von den besiegten Ländern unmögliche Entschädigungen herauszupressen unter der irreführenden Annahme, daß das wirtschaftliche Leben mancher Länder zerstört werden könne, ohne daß dies das Wirtschaftsleben anderer Länder berühre.

Henderson sagte, er wolle, daß die Öffentlichkeit begreife, auf welchem Standpunkt die Regierung stehe. Der Premierminister verfolge

Die notwendige Atmosphäre zu schaffen.

und er hoffe, daß Schritte durch eine Weltkonferenz, durch den Völkerbund oder durch beide unternommen würden, um zu sehen, ob man nicht zu dem Standpunkt zurückkommen könne, der von dem verstorbenen Präsidenten Wilson im Gegensatz zu der Politik der alliierten Staatsmänner in den Jahren 1915/16 und 1917 eingenommen wurde. Henderson schloß: „Ich bin überzeugt, daß unsere alliierten Staatsmänner nach dem Waffenstillstand und nach Beginn ihrer Arbeit in Paris deutsche elementare wirtschaftliche Tatsachen unberücksichtigt ließen, und es scheint mir, daß, je eher unsere Regierung die nötige Atmosphäre schaffen und auf die Frage der Revision des Vertrages kommen kann, es um so besser für alle in Betracht kommenden sein wird.“

London, 25. Februar. (WTB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die vom Minister Henderson am Sonntagabend in Burnley gehaltenen Rede, in der er die baldige und gründliche Revision des Versailler Vertrages forderte, habe beträchtliches Aufsehen in auswärtigen diplomatischen Kreisen und sogar Unruhe bei einzelnen Alliierten verursacht, obwohl Poincaré durch kürzlich von London nach Paris gegangene Mitteilungen gewarnt worden sei, daß eine Entwicklung dieser Art zu einem späteren Zeitpunkt klens des neuen britischen Kabinetts erwarten werden könnte. Wenn es auch nicht ganz klar sei, ob Henderson durch seine Erklärungen das Tempo der Entwicklung beschleunigen wollte, so sei es andererseits kein Geheimnis, daß sowohl innerhalb des gegenwärtigen Ministeriums als auch innerhalb der Arbeiterpartei die Ansicht herrsche, die auswärtige Politik der neuen Regierung sei bisher durch allzuviel Unbestimmtheit und Zögerlichkeit gekennzeichnet, wofür Lord Halifax und das Foreign Office in der Hauptsache verantwortlich seien. Da andererseits die Revision des Versailler Vertrages seit langem ein Hauptpunkt des außerpolitischen Programms der Arbeiterpartei sei, so sei es natürlich, daß Henderson, indem er erklärte, daß die bisherigen Bemühungen des Premierministers in der auswärtigen Politik hauptsächlich auf die Schaffung einer für eine Revision des Versailler Vertrages günstigen Atmosphäre hingingen, nur eine Tatsache feststellen habe und nichts weiter.

England gegen die Pfalz-Repressalien.

Paris, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Regierung hat in Paris neue Vorstellungen erhoben wegen der von den französischen Behörden in der Pfalz gegen die Bevölkerung ergriffenen Vergeltungsmassnahmen. Sie hat zum Ausdruck gebracht, daß die von dem französischen Kreisregiment vorgenommenen Verhaftungen, Ausweisungen und Deportationen in London peinliches Aussehen erregen mußten, um so mehr als es sich dabei um Verdächtige handelte, die im Verlauf der von dem englischen Generalkonsul Elve in der Pfalz unternommenen

Untersuchung über die Haltung der französischen Behörden ausgeführt hätten. Das englische Auswärtige Amt habe weiter gegen die den Delegierten der Rheinlandkommission zustehende Ausweisungsbefugnis sehr gewichtige prinzipielle Bedenken erhoben.

„Echo de Paris“ meint, dieser neue englische Schritt könne mit positiven Vorschlägen enden, die schließlich zu einem für Frankreich gleich unangenehmen Ergebnis führen könnten wie die Untersuchung des englischen Konsuls. Das Blatt richtet an die eigene Regierung die dringende Aufforderung, dieser gefährlichen Entwicklung mit allen Mitteln ein Ende zu machen.

Deutsch-englisches Reparationsabkommen.

Herabsetzung der Abgabe von 20 auf 5 Prozent.

Die deutsche Regierung hat mit der englischen Regierung ein Abkommen über die Herabsetzung der 20prozentigen Reparationsabgabe auf 5 Proz. geschlossen. Das Abkommen ist am 23. Februar gezeichnet worden und tritt bereits am 26. Februar für alle Waren, die am oder nach diesem Tage nach England eingehen, in Kraft. Die Erhebung erfolgt in genau der bisherigen Weise in England. Der englische Importeur hat also 5 Proz. der Rechnung bei der Einfuhr der Waren in England an die britische Zollbehörde zu entrichten und zahlt 95 Proz. der Rechnung an seinen deutschen Exporteur unter gleichzeitiger Ueberweisung des Guthabens über 5 Proz. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, diese Scheine später, wenn die deutschen Finanzen geordnet sind, in einer dann noch genauer festzustellenden Form einzulösen. Bis dahin hat sie sich verpflichtet, Vorsorge zu treffen, daß diese nicht den englischen Importeur belastet, resp. in Rechnung gestellt wird. Eine entsprechende Verordnung ist in Vorbereitung. Die deutsche Regierung verpflichtet sich weiter, alle Guthabens, die aus der Warenzufuhr nach England vor dem 26. Februar herrühren, in der bisherigen Weise zu Schadenersatz einzulösen. Von der britischen Regierung ist zugesagt worden, Erleichterungen für kleine Warensendungen einzutreten zu lassen und alle Sendungen von geringem Werte ohne Erhebung der Abgabe frei nach England einzulassen.

Dresden-Paris.

Ueble Wirkung der Stresemann-Rede.

Paris, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Herr Stresemann hat in seiner Dresdener Rede eine Ungeschicklichkeit begangen, die gerade im gegenwärtigen Augenblick der deutschen Politik im höchsten Maße verhängnisvoll werden kann. Er hat der nationalistischen Presse in Frankreich ein neues Argument für die der gegenwärtigen Regierung in Deutschland zugeschriebenen imperialistischen und imperialistischen Absichten geliefert, das propagandistisch ausgenutzt wird. Selbst in den gemäßigten Organen, wo man ehrlich nach einem deutsch-französischen Ausgleich strebt, findet die Dresdener Rede Kommerzielle, die keinen Zweifel daran lassen, daß Stresemanns Ausführungen oder doch der Bericht über sie allerhand Schäden verursacht haben. „Nach einer solchen Rede wie die vorgestrige“, schreibt „Information“, „und der Bied der großen Alliierten wird sich erneut zusammenschließen müssen, um den Frieden in Europa sicherzustellen. Zweifellos würden die Ausführungen Stresemanns auch in England und Amerika gewisse Missionen erregt haben. In dem Augenblick, da die Sachverständigen sich über ein Projekt zur wirtschaftlichen und finanziellen Sanierung Deutschlands zu einigen im Begriffe seien, macht Herr Stresemann erneut die Nichterfüllung des Versailler Vertrages zum Programm der deutschen Politik.“ — „Deuore“ meint, der deutsche Außenminister habe viel in ein Feuer gegossen, das die ganze Welt zu löschen bemüht sei. Seine Rede erwecke den Eindruck, als habe er im voraus die Bemühungen der Sachverständigen um eine Lösung des Reparationsproblems sabotieren wollen. — Der sozialistische „Populaire“ betrachtet die Dinge mit größerer Objektivität. Er sieht in Stresemanns Ausführungen allerdings auch eine Konzession an das Unbewußte, das seinerseits jedoch eine Folge der reaktionären Politik sowohl in Paris wie in Berlin sei. Bis zur Ruhrbesetzung habe in Deutschland die Regierung in Händen der Parteien gelegen, die die Konsolidierung der Republik und die Verständigung mit Frankreich zum Ziele hatten. Seit der Ruhrbesetzung regiere General v. Seeckt. Für diese Entwicklung trage in erster Linie der nationale Bloß in Frankreich die Verantwortung.

Solche Wirkungen der Stresemann-Rede, in der WTB-Fassung, waren vorauszusehen, wir haben darum auch sofort gegen sie entschieden protestiert mit dem Erfolg, daß der Redner in einer öffentlichen Erklärung von dem, was er gesagt haben soll, recht erheblich abwich. Demnach scheint uns erwiesen, daß das, was Herr Stresemann mirlich gesagt hat, in dem verhängnisvollen Bericht verzerrt und teilweise auch im Sinn vollständig entleert worden ist. Hoffentlich lernt Herr Stresemann daraus, daß ein Minister des Äußereren sich klar genug ausdrücken muß, um auch dem ungeschicktesten Berichterstatter keine Gelegenheit zu solchen Mißdeutungen zu geben, und daß Berichte über seine Reden erst sorgfältig geprüft werden müssen, ehe sie der Presse übermittelt werden.

Revolution in Bulgarien?

Paris, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Nach bisher unbedeutenden Meldungen aus Athen und Saloniki, ist in Bulgarien eine Revolution ausgebrochen und die Republik ausgerufen. Eine gewisse Anzahl von Ministern, darunter der Ministerpräsident Jarkoff, ist ermordet, der König Boris verbannt. Es heißt, daß die im vorigen Sommer niedergeworfenen Kommunisten sich in den nördlichen Provinzen mit den dortigen Truppen verbündet haben.

Neues Unrecht.

Die Aufwertung durch die 3. Steuernotverordnung.

Die Erregung und Empörung, die die Regelung der Aufwertungsfrage durch die dritte Steuernotverordnung in weiten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen hat, ist verständlich und berechtigt. Statt der Aufwertung zugunsten der privaten Gläubiger oder der Aufwertung zugunsten der Allgemeinheit und der Inflationsgeschädigten, wie sie die Sozialdemokratie verlangt hat, ist eine einseitige Regelung zugunsten der Schuldner erfolgt. Der leitende Gedanke der Verordnung ist, die durch die furchtbare Geldentwertung gesteigerte Leistungsfähigkeit des Schuldners zu erhalten. Mag der Schuldner im Gelde schwimmen, der Gläubiger vor Hunger sterben, das alles hat den Gesetzgeber nicht berührt. Die verlangte gerechte und soziale Regelung ist zu einer gezielten Festlegung der Ungerechtigkeit und der sozialen Härten geworden.

Soweit Ansprüche aus Rechtsverhältnissen nicht vor dem Inkrafttreten der Verordnung durch vorbehaltlos angenommene Zahlung als erledigt anzusehen sind, gilt im allgemeinen eine Aufwertung von 15 Proz. des Goldmarkbetrages. Der Schuldner kann jedoch eine Herabsetzung verlangen, wenn dies mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage zur Abwendung einer großen Unbilligkeit unabwendbar erscheint. Ein entsprechender Antrag muß bis zum 31. Dezember 1924 bei der Aufwertungsstelle gestellt sein. Eine Heraussetzung über 15 Proz. hinaus ist nicht zulässig. Es ist jedoch ein Irrtum, anzunehmen, daß nun die Aufwertung bei allen Gruppen von Ansprüchen auch tatsächlich 15 Proz. erreicht. In Wirklichkeit erfolgt die Aufwertung in Höhe von 15 Proz. nur bei den Hypotheken und sonstigen dinglich eingetragenen Schulden, den Industrieobligationen und bei Schuldverschreibungen, die von öffentlichen Körperschaften als Unternehmern wirtschaftlicher Betriebe herausgegeben sind. Bei Pfandbriefen, Sparkassenguthaben und Lebensversicherungsansprüchen wird der Aufwertungssatz wesentlich geringer sein. Denn hier wird nur in dem Maße aufgewertet, wie diese Anstalten selber Anspruch auf Aufwertung ihrer Forderungen haben. Es wird also zunächst eine Verteilungsmasse gebildet, von deren Höhe es abhängt, wie hoch im Einzelfall der Aufwertungsanspruch sein wird. Bei Sparkassen kommt noch hinzu, das Guthaben, die auf Grund gesetzlicher Zwänge zur mündelsicheren Anlage beruhen, bevorrechtigt sind. Dasselbe gilt von Guthaben von gemeinnützigen Vereinigungen, die privaten Ansprüche werden erst berücksichtigt, wenn die bevorrechtigten erfüllt sind. Hat also eine Sparkasse einen erheblichen Teil ihrer ausgesetzten Hypotheken, wie das in der Regel der Fall ist, bereits vor dem 14. Februar 1924 zurückgenommen, so wird die Verteilungsmasse und demzufolge der Aufwertungssatz sehr klein werden. Bei Sparkassen wird er noch dadurch vermindert, daß die in öffentlichen Anleihen angelegten Gelder überhaupt nicht aufgewertet werden. Schließlich vermindert sich der zu verteilende Betrag noch um die Verwaltungskosten, die bei Sparkassen, Lebensversicherungen und Pfandbriefanstalten sicherlich ebenfalls einige Prozent des Aufwertungsbetrages ausmachen werden.

Wird hierdurch schon der nominelle Aufwertungsanspruch von 15 Proz. erheblich herabgedrückt, so noch mehr durch die Bestimmungen, daß der Gläubiger die Zahlung dieser aufgewerteten Beiträge in keinem Falle vor dem 1. Januar 1932 verlangen kann. In frühestens acht Jahren wird also erst der Anspruch fällig! Ebenso enttäuschend sind die Bestimmungen über die Zinszahlungen. Für das Jahr 1924 ist der Zinsanspruch generell ausgeschlossen. Vom 1. Januar 1925 ab beträgt er nur 2 Proz. Er erhöht sich von Jahr zu Jahr um ein Proz. bis zum Höchstfuß von fünf Proz., während im Wirtschaftsleben doppelt hohe Zinssätze gezahlt werden. Angesichts dieser niedrigen Verzinsung beträgt der Gegenwert der Aufwertung selbst bei Hypotheken nur etwa acht Prozent. Bei Sparkassen und ähnlichen Guthaben dürfte letzten Endes weniger als die Hälfte dieses Satzes zur Verteilung gelangen.

Eine besondere Härte ist schließlich, daß die Aufwertung für die vor dem Inkrafttreten der Verordnung zurückgezählten Schulden generell ausgeschlossen ist, und daß „eine Aufwertung auch wegen ungerechtfertigter Bereicherung oder auf Grund einer Anfechtung wegen Irrtums oder aus einem anderen Rechtsgrund nicht verlangt werden“ kann. Damit werden alle diejenigen, die auf die frühere Rechtsprechung des Reichsgerichts vertraut oder den Worten des früheren Reichsjustizministers Dr. Heinze Gladen geschenkt haben, schwer bestraft. Es ist anzunehmen, daß es sich hierbei um besonders leistungsschwache Kreise handelt, die aus Notlage, aus Irrtum und aus dem Vertrauen auf die Autorität der Reichsgewalt handelten. Daß dieser Personenkreis recht umfangreich ist, unterliegt keinem Zweifel. Die Aufwertung also wird nur geschlossen für einen kleinen Teil der Hypothekengläubiger und zwar im allgemeinen für die Leistungsfähigen.

Ebenso ungerecht ist die Einstellung des Zinsendienstes und der Tilgung der alten öffentlichen Anleihen. Wir haben die Schwierigkeiten einer Aufwertung bei diesen Forderungen immer anerkannt und die außerpolitischen Bedenken gegen sie geteilt. Aber wenn man schon aufwertet, dann ist es geradezu aufreizend, diejenigen zu bestrafen, die ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllt haben, die in der Anlage ihrer mit diesen Entbehrungen erparierten Pfennigen gewissenhaft gewesen sind, und die vom

Staat oftmals durch die Vorschriften über Anlage von Mündelgeldern zum Erwerb öffentlicher Anleihen gezwungen waren. Mehr als bei jeder anderen Kategorie von Forderungen handelt es sich hier um eine Enteignung der kleinen Leute. Sowohl die öffentlichen Anleihen nicht Gegenstand der Spekulation geworden sind, befinden sie sich im Besitze kleiner Sparer oder Sparinstitute der kleinen Leute. Es handelt sich um insgesamt 204 Goldmilliarden, die in den Anleihen von Reich, Ländern und Gemeinden noch festgelegt sind, darunter allein 48 Milliarden Kriegsanleihe! Der Zwang zur Zeichnung der Kriegsanleihe rührt aber nicht nur aus den Sparinstituten, sondern auch auf den Trägern der Sozialversicherung. Der Bankrott der Invaliden-, Unfall- und Ungefallenenversicherung sowie der Sparkassen ist nicht zuletzt auf die Anlage ihrer Gelder in öffentlichen Anleihen zurückzuführen. Das alles soll nun nach der dritten Steuernotverordnung „Recht“ werden!

Wenn es auch der Sozialdemokratie gelungen ist, durchzusetzen, daß prinzipiell Sparkassenguthaben und Lebensversicherungsansprüche mit den Hypotheken gleich behandelt werden, so bleibt doch auch jetzt noch ein ungeheuer großes Unrecht übrig. Es kann nicht ertragen werden, wenn nicht der Glaube an die gleichmäßige Behandlung aller Staatsbürger auf das schwerste erschüttert werden soll. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb in ihrem Initiativantrag zur dritten Steuernotverordnung versucht, wenigstens die allerjüngsten Ungerechtigkeiten aus der Steuernotverordnung zu beseitigen. Sie hat dabei berücksichtigt, daß jede Regelung von dem Willen zur Erhaltung und zur Stärkung der Stabilität der Währung und der Förderung der Wirtschaftsgefundung geleitet werden muß. In der Aufwertungsfrage hat sie sich deshalb auf folgende fünf wichtigsten Anträge beschränkt:

1. Wenn die Vermögenslage des Schuldners eine höhere Aufwertung als 15 Proz. gestattet, so kann sie bis zum Betrage von 20 Proz. verlangt werden.

2. Die Rückzahlung der aufgewerteten Kapitalbeträge soll am 1. Januar 1927 verlangt werden können, statt am 1. Januar 1932.

3. Der Zinsfuß soll bereits am 1. Januar 1926 5 Proz. betragen, statt am 1. Januar 1929.

4. Die Aufwertung soll auch verlangt werden können für Forderungen, die nach dem 1. Juli 1922 zurückgezahlt worden sind, und schließlich soll

5. für die öffentlichen Anleihen bestimmt werden, daß Verzinsung und Einlösung nur bis zur „Regelung der Reparationsverpflichtungen“ nicht gefordert werden, anstatt der Bestimmung der Regierungsvorlage bis zur „Erlösung sämtlicher Reparationsverpflichtungen“.

Wie aus diesen Anträgen ohne weiteres ersichtlich, liegt ihnen jede agitatorische Absicht fern. Ihr Sinn ist Schutz der kleinen Sparer, Erhaltung der Existenz der Inflationsgeschädigten bei Sicherung und Verstärkung der Stabilität der Währung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Reiches. Bei Erfassung der Inflationsgewinne durch Entschuldungsteuer ist dieses Ziel zu erreichen. Auch dafür hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Wege gewiesen. Nun liegt es an den bürgerlichen Parteien und der Regierung, ob sie diese Wege gehen wollen oder die Verantwortung tragen wollen für das Unrecht, das in der dritten Steuernotverordnung enthalten ist.

Luther und die Industriellen.

Schwere Vorwürfe gegen den Reichsfinanzminister.

Seitdem Dr. Luther das Reichsfinanzministerium übernommen hat, wissen die Agrarier und die Schwerindustriellen auf diesem wichtigen Posten einen Mann, der sich durch besonders großes Verständnis und Wohlwollen für ihre Wünsche auszeichnet. Trotzdem dürfte es Erstaunen hervorrufen, daß Dr. Luther in einer Zuschrift an das „Hamb. Echo“ in Nr. 51

Königliche Kunst.

Reulich besuchte ich meinen deutschnationalen Hauswirt. Haus- und Grundbesitzer sind ja meistens deutschnational. Sicher lassen sie sich von niemandem überbieten an Patriotismus, an Gehör für die Sudeteneuropäer und Besorgern der eigenen Rasse. Dem meinen sah es immerhin noch ganz gut zu gehen. Denn auf wohlgepflegter Rundung bounette fast herausfordernd die dicke goldene Kette. Mehr als sie interessierte mich jedoch ihr Anhänger, eine mystische Verbindung von Hammer, Maurerkelle, Zirkel, Dreieck und Sonnenauge.

„Was ist das?“ mochte ich zu fragen, beinahe befürchtend, mich mit meiner Unkenntnis zu blamieren.

Und richtig, der Dicks prüfte los: „Menschenkind, das wissen Sie nicht?“ — „Verzeihung, ich kann doch nicht jedes Abzeichen deutscher Geheimorganisationen kennen.“ gab ich getränkt zur Antwort.

Da wurde der andere sehr ernst. Mit geheimnisvoller Miene wies er auf sein Uhrgehänge und erklärte mir, er sei Mitglied einer Freimaurerloge. Ueber die Ziele der Freimaurerei gebe Meyers Konversationslexikon hinreichenden Aufschluß. Dabei nahm er den 7. Sonnenband „Franzosenbad-Glashaus“ vom Bücherbrett und las mir daraus vor:

Freimaurerei (Maurerei, franz. Franc-maçonnerie, engl. Free-masonry) Lebenskunst: nach innen edle Gesinnung, selbstbewußte, auf die Erfüllung der menschlichen Bestimmung hingewirkte Arbeit; nach außen kunstgerechtes gesellschaftliches Bauen an der Vervollständigung der Menschheit. Der Pfleger und der Fortpflanzung der F. dient der Freimaurerbund, der eine von allen irdischen Unterschieden des Ranges, Standes, der Volkstümlichkeit und des religiösen Bekenntnisses freie Verbrüderung ist, gebunden nur an das Sittengesetz als an das allen höherstrebenden Menschen gemeinsame. Die Mittel, die der Bund zur Erreichung seines Zweckes anwendet, sind neben Ausführung symbolischer dramatischer Handlungen (Ritus, Gebrauch) vor allem Lehre und Beispiel, jedoch die Pflege schöner Geselligkeit und die Übung humaner Werkfähigkeit. Die Gebräuche und Symbole, meist der Baukunst entlehnt, enthalten nichts, was der guten Sittlichkeit und den Staatsgesetzen zuwiderläuft, sie sind rein ethischer (moralischer) Natur und haben eine stiftliche Bedeutung. Die innere Wirksamkeit des Bundes besteht in der geistig-sittlichen Einwirkung auf die Mitglieder, um sie zur Selbsterziehung und zur Befreiung von Vorurteilen, Aberglauben und Leidenschaften zu erziehen. Die äußere Wirksamkeit richtet sich auf Werke der Barmherzigkeit und Menschlichkeit, auf Pflege und Gründung wohlthätiger Institute.

Ich war platt. Mein Hauswirt ein begeisteter Kämpfer für Humanität und internationale Verbrüderung, ohne Vorurteile gegen Konfessionen und Volkzugehörigkeit, für Weltbürgerrecht und Menschheitsentwicklung? Da stimmte etwas nicht. Diese tiefen Widersprüche bedurfte der Erklärung.

Der Freimaurer merkte, daß ich nicht ganz von der Echtheit seiner Uebersetzung durchdrungen war. Er führte mich deshalb vor

der Vorwurf der Förderung der Steuerfabrikation gemacht wird. Nach dieser Zuschrift haben der Verein Deutscher Schiffswerften E. V., der Wirtschaftsausschuß Deutscher Werften und der Neue Schiffbau-Leistungsverband E. V. unter dem 1. Februar 1924 ein Rundschreiben an die Mitglieder dieser Vereinigung gerichtet, dessen erster Satz lautet:

„Herr Rudolf Blohm teilt der Geschäftsleitung mit, daß der Reichsfinanzminister gewissermaßen überrascht sei, daß aus den Kreisen der Industrie gegen die neuen Steuerforderungen kein größerer Ansturm erfolge.“

Wir verlangen vom Reichsfinanzminister Dr. Luther, daß er sich zu diesen positiven Angaben unverzüglich äußert. Für den Fall, daß die Mitteilung des Herrn Blohm unzutreffend ist, muß der Reichsfinanzminister auch sofort die nötigen strafrechtlichen Schritte gegen ihn einleiten; denn wenn in dem Rundschreiben die Mitglieder auf Grund der Mitteilung des Reichsfinanzministers aufgefordert werden, „unverzüglich zur strengsten Benuzung“ „schlagkräftige Zahlen“ zu beschaffen, die Syndikus Howaldt zu einer Gesamtzahl zusammenstellen und als Sturmböck gegen die Steuern benutzen kann, so zeigt das die Gefahr, die mit der Verbreitung solcher Uebersetzungen des Finanzministers der Finanzwirtschaft des Reiches entstehen.

Endlich das Richtige...

Eine neue Entdeckung Rahr-bayerischer Juristen.

Im alten Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich, das in seinen wesentlichen Teilen noch aus dem Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes übernommen worden ist, findet sich im Paragraphen 139 auch folgende Vorschrift:

Wer von dem Vorhaben eines Hochverrats, Landesverrats, Münzverbrechens, Mordes, Raubes, Menschenraubes oder eines gemeingefährlichen Verbrechens zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhafte Kenntnis erhält und es unterläßt, hiervon der Behörde oder der durch das Verbrechen bedrohten Person zur rechten Zeit Anzeige zu machen, ist, wenn das Verbrechen oder ein strafbarer Versuch desselben begangen worden ist, mit Gefängnis zu bestrafen.

In diese Bestimmung des Strafgesetzbuches haben sich Münchener Juristen plötzlich erinnert und wegen des Putzsches vom 8. November einen Mann zur Rechenhaftigkeit gezogen, der den Rahr- wie den Hitler-Leuten gleichermaßen ein Dorn im Auge ist, nämlich den Genossen Erhard Auer, den leitenden Redakteur unseres Münchener Parteiblattes und früheren Minister des Innern. Ihm wird vorgeworfen, daß er von der Vorbereitung des Hitler-Putzsches rechtzeitig Kenntnis erhalten, aber die zuständigen Behörden nicht informiert habe! Am heutigen Montag soll er deshalb vor dem Ermittlungsrichter Rede und Antwort stehen.

Man muß zugeben, daß die Rahr-bayerische Justiz jetzt endlich auf den richtigen Weg kommt. Die Sozialdemokratie Bayerns hatte bekanntlich die Putzschabsichten der Hitlerbanden schon sehr lange vorausgesehen. Sie hatte einen dauernden Kleinrieg gegen die von Ludendorff geistig geleiteten Hafent Kreuzer zu führen, hatte wiederholte Anschläge auf ihr Parteileitung erlitten und, da die staatliche Polizei unter dem Hitler-Prozeß jetzt mitangefallenen Polizeipräsidenten Boehner und seinen ersten Gehilfen Frid in der Abwehr der hafentkreuzerischen Uebergriffe vollkommen versagte, eine eigene Sicherheitsabteilung gebildet, um gegen neue Ueberfälle gerüstet zu sein. Als im September die bayerische Regierung den Ausnahmezustand über das Land verhängte und den späteren Mitputzschisten Rahr als Generalkommissar einsetzte, war dessen erste Handlung die Entwaffnung und Auflösung der sozialdemokratischen Sicherheitswehr. Einer ihrer Organisatoren, der Genosse Buiffon, wurde sogar unter Anklage gestellt und verurteilt.

Die Rahr-Behörden aber wußten angeblich nichts von den Hitlerschen Absichten, trotzdem die Hafentkreuzer in voller Ausrüstung fast täglich ihre Felddienst- und anderen Uebun-

gen machten. Zwar fand man regelmäßig eine Anzahl sozialistischer Arbeiter, die von diesen Hafentkreuzern angegriffen und mißhandelt worden waren, und die dann trotzdem angeklagt und verurteilt wurden, weil sie sich nicht widerstandslos und unbewaffnet dem Hitlerschen Rowdium überantwortet hatten. Aber von dem Putzsch und seinen Vorbereitungen hatte kein Rahr, kein Boehner und kein sonstiger Polizeigewaltiger Kenntnis. Sie alle ließen sich erst im Bürgerbräu von Hitler „in einem Nebenzimmer verewaltigen“. Sie erklärten sich in der Bürgerbräuversammlung zwar völlig einverstanden mit den Putzschisten, Rahr betrachtete sich offen als „Statthalter der Monarchie“, Vossow und Ludendorff desgleichen, und am nächsten Morgen ging die Schießerei in den Straßen Münchens los. Die ganze Tragikomödie soll ja nun vor dem Volksgericht abgerollt werden.

Aber da kein Rahr, kein Boehner, kein Ludendorff von den Putzschabsichten etwas wußte, so ist es nicht mehr als recht und billig, daß ein — Sozialdemokrat angeklagt wird. Von diesen verächtlichen Gesellen kann man bekanntlich alles vermuten, nicht zuletzt auch, daß sie in die geheimsten Absichten Hitlers eingeweiht waren. Es sollte uns nicht wundern, wenn schließlich vor dem Volksgericht „festgestellt“ würde, daß Hitler, Ludendorff, Boehner, Rahr, Vossow zu ihrem ganzen Vorhaben lediglich von Erhard Auer und der Sozialdemokratie angeklagt worden wären. In Bayern ist bekanntlich jede Entdeckung möglich. Nur Rahrbaß und Erhardt sind nie zu finden!

„Severing und die Pressefreiheit“.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht mit starken Angriffen gegen den preussischen Innenminister Severing die satirisch bekannte „Bergisch-Märkische Zeitung“ den folgenden Brief, der ihr zugegangen ist:

Polizeipräsidentium Eberfeld. Eberfeld 23. Februar 1924.
An den Redakteur der „Bergisch-Märkischen Zeitung“,
Herrn Siggradi, Eberfeld.

Bogunnehmend auf die fernmündliche Mitteilung des Polizeipräsidenten Eberfeld werden Sie nochmals erbeten, darauf hinzuwirken, daß jedwede Presseorgane in der Angelegenheit des Oberleutnants a. D. Happich verboten ist. Durch Funkgespräch ist das Polizeipräsidentium streng angewiesen, das Verbot zur Durchführung zu bringen. Hieran hat gestern abend in Ihrer Abwesenheit ein Fräulein Müller Ihres Redaktionsbüros mit der Bitte um Weitergabe an Sie Kenntnis erhalten. Ich bemerke, daß von diesem Verbot sowohl der Rechtsanwalt des Herrn Happich, Herr Schäfer II, und die Angehörigen des Herrn Happich von dem Polizeipräsidenten persönlich in Kenntnis gesetzt worden sind.

Das öffentliche Organ, das sich durch systematische Verunglimpfung des preussischen Innenministers von jeher auszeichnet, begleitet dieses Schreiben mit hochtönenden Redensarten durch die es den Anschein erwecken will, als sei es notwendig, die Pressefreiheit gegen willkürliche Eingriffe des Ministers zu schützen. Wie wir aus dem Preussischen Ministerium des Innern auf Anfrage erfahren, hat weder Minister Severing noch das Ministerium als solches mit der ganzen Angelegenheit und nur das geringste zu tun. Die Verfügung des Polizeipräsidenten Eberfeld ist augenscheinlich von einer genauen Polizeistruktur im dortigen Gebiet angeordnet worden. Ob sie im Einverständnis mit dem Reichsjustizministerium erfolgt ist, können wir im Augenblick nicht feststellen. Es besteht jedoch eine große Wahrscheinlichkeit dafür, daß wir glauben, nicht fest zu geben in der Annahme, daß es sich darum handelt, ein Unternehmen gegen gewisse Geheimorganisationen, die in der Gegend von Münster die Eberfeld eine gefährliche Rolle spielen, durchzuführen und zu verhindern, daß dieses polizeiliche Unternehmen durch die systematischen Indiskretionen der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ hintertrieben wird.

Die Berliner nationalen Blätter, die sich das Geschrei der „Bergisch-Märkischen“ schon zu eigen machen, sollten sich ernsthaft überlegen, ob es ihren Aufgaben entspricht, die von ihnen sonst je hochgepriesene Staatsautorität durch Indiskretionen in einem hochverratsprozess zu untergraben.

ein Bild, das über seinem Schreibtisch hing. Es war dreiteilig. Auf keiner linken Seite entwarfen mehrere Männer mit Zirkel und Dreieck einen Bauplan, in der Mitte trugen kräftige Männer riesige Steine zur Errichtung eines gewaltigen Friedensempels zusammen und in dem rechten Drittel entzündete eine anmutige Frauengestalt zur Weihe des Ganzen drei Lichter im Innern der Halle. Das Kunstwerk trug die erhabene Unterschrift: „Weisheit leitet den Bau, Stärke führt ihn aus; Schönheit ziert ihn!“

„Sie sehen, alles ist bei uns symbolisch und Tradition.“ Ich blieb noch immer zweifelhaft und wurde kühner: „Sind Sie denn nun wirklich Feinder in des Wortes wahrster Bedeutung? Ausgerechnet Sie?“

„Über gewiß doch!“

Nach langem Drängen wurde er aber ehrlich: „Unter uns — ich war ja nicht immer mit allen Bestrebungen der Loge einverstanden. Die ganze Humanitätsdummheit ist mir von Grund auf zuwider. Ich bin ein viel zu guter Deutscher, um den internationalen Schwindel mitzumachen.“

„Aha.“ begann ich lachend einzusehen. „Aber das Zeichen, das Sie beständig auf Ihrem Anzug zur Schau tragen? Und das schöne Bild über Ihrem Schreibtisch, das auf so manche Ihrer Handlungen mahnend herabblitzt?“

„Och, wissen Sie, so streng darf man doch das nicht gleich nehmen. Viele deutsche Bruderschaften üben jetzt auch schon die königliche Kunst der Freimaurerei nur noch nach christlichen und nationalen Gesichtspunkten. Juden und Vaterlandslose haben nichts mehr bei uns zu suchen!“

Jetzt hatte ich verstanden. Alle Widersprüche lösten sich von selbst, wenn Freimaurerium und deutschnationaler Heuchelei identisch wurden. Befriedigt blickte ich auf die Uhr. Dann nahm ich Hut und Mantel und wandte mich zum Gehen. Beim Abschied gab ich dem Dicks folgenden Rat: „Nun seien Sie aber wenigstens konsequent! Vermeinen Sie für immer die in ihrer Unverständlichkeit wahrhaft hehre Idee des Maureriums und verwenden Sie auch für Ihre Verläufe und das Bild Ihr neues christlich-symbolisches „Bruderprinzip“!“

Nationalismus leitete den Klub, alldemütiges Rauhdeutentum baue ihn auf und das Hafentkreuz ziere ihn!“

Seitdem grüßt mich mein Hauswirt nicht mehr. B. S.

Der Geldschrei von Paris.

Der Sturz des französischen Franc hat die Pariser Bevölkerung in große Aufregung versetzt, und es ist nur natürlich, daß sich diese allgemeine Erregung am stärksten an dem Mittelpunkt des französischen Geldverkehrs, an der Pariser Börse, entlädt. Der wilde Sturm und das unruhige Leben, das schon in ruhigen Zeiten den mächtigen Bau der Börse umflutet, hat sich zu einem unbeschreiblichen Wirrwarr gesteigert. Der „Geldschrei von Paris“ war mithin auf den Boulevards zu hören. Die Szenen, die sich hier abspielten, schil-

bert der Pariser Berichterstatter eines englischen Blattes: „In Herzen von Paris versammelten sich täglich ein paar tausend Geschäftsleute und verließen um Mittag bis um drei Uhr ihre Stimmten zu einem Schrei, der mithin zu hören ist. Dies dumpfe Summen und Lärmen ist die Stimme der Pariser Börse. Das Gebäude ist ein prächtiger, großer Palast, zu dem eine breite Treppe in schönem Schwung hinaufführt. Oben aber ist eine Art hölzernes Gitter, hinter dem nur die wenigen Auserlesenen ihre Geschäfte machen dürfen. Der weitaus größte Teil der Händler und Spekulanten steht zu Hunderten vor diesem Gitter und beobachtet mit gespanntester Aufmerksamkeit die Entwicklung der Börse. Ein Nachrichtendienst unterrichtet die weiter unten Stehenden über die neuesten Kurse, über das Fallen und Steigen der Devisen. Je aufregender das Geschäft ist desto größer werden die Rufe, desto wilder sind die Gebärden, mit denen die neuesten Mitteilungen gemacht werden. Das ganze Geschäft vollzieht sich außerhalb der Börse, und der Lärm ist schon lange vorher zu hören, bevor man das Gebäude steigt. Der mächtige Mittelraum der Börse, der 2000 Personen faßt, ist ausschließlich den offiziellen Mitgliedern vorbehalten, die hier die Kurse festlegen. Die Galerien, die um den Saal herumgehen, werden von Zuschauern eingenommen, die das interessante Schauspiel bewundern wollen. Aber das eigentliche Bild der Börse wird von den nicht zum Handel zugelassenen Spekulanten bestimmt, die in den Hauptgängen nicht hinein dürfen. Die Zahl der offiziellen Börsenmitglieder ist äußerst klein und beläuft sich nur auf 70. Diese „Brückelagenten“ sind Beamte der französischen Regierung und haben allein das Recht, Preisnotierungen aufzustellen. Es ist ein großer Gegensatz zwischen der Ruhe und Würde, die in der streng abgeschlossenen Börsenhalle herrscht, und dem tosen Getöse rings herum, in dem sich die wilde Leidenschaftlichkeit der Spekulation austobt, der erbitterte Kampf um Geld und Gewinn sich konzentriert. Die Brückelagenten haben schon öfters gegen diese Tätigkeit der Courtiers protestiert. Aber die Einrichtung ist mit dem Pariser Leben so eng verflochten, daß sie nicht abgeschafft werden kann. Tatsächlich vollzieht sich drei Viertel des ganzen Geschäftes an der Pariser Börse in diesem Hegenkabbat, dessen „Geldschrei“ so dunkel und dumpf durch die Luft von Paris zittert.“

Ein zusammenstürzendes Museum. Der Hügel des Kapeller Nationalmuseums, in dem die kostbaren Werke der orientalischen Kunst untergebracht sind, ist dem völligen Zusammensturz nahe, nachdem zwei der stützenden Pfeiler bereits nachgegeben haben. Die Kunstwerke sind aus den gefährdeten Teilschichten fortgeschafft worden, und man arbeitet mit Fieberhast daran, die nötigen Unterstühtungen auszuführen, um das Gebäude zu erhalten. Der Grund für die plötzlich eingetretene Bauillust ist in der zu starken Belastung der Grundmauern zu suchen, die durch die Aufhebung eines neuen Stadtwortes herbeigerufen wurde, in dem die Nationalbibliothek untergebracht werden soll.

Dr. Magnus Hirsch hält am 23. d. M. einen Vortrag zu populären Vorträgen in der Singakademie mit dem Thema: „Neuere Forschungen über das menschliche Gehirn“ und „Hirnstörungen“.

Reichsbeamtenkonferenz.

Der Parteivorstand beruft hiermit für Freitag und Samstag, den 28. und 29. März d. J., nach Berlin, Preussischer Landtag, Prinz-Albrecht-Str. 5, Saal VIII, die

V. Tagung des Reichsbeamtenrats der USPD.

ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt worden:

- 1. Sozialdemokratie und Beamtenchaft. Referent: Parteivorstandender Genosse Hermann Müller.
- 2. Der Reichstagswahlkampf und die Beamten. Referent: Genosse Hermann Wäger.

Beginn der Tagung am 28. März, mittags 1 Uhr.

Außer den Mitgliedern des Reichsbeamtenrats können als Gäste mit beratender Stimme teilnehmen: die Mitglieder unserer Reichstags- und Landtagsfraktionen und die in der Beamtenorganisation tätigen Parteigenossen, die im Besitze einer Gastkarte sind. Die Ausfertigung der Gastkarte muß bei dem zuständigen Bezirksvorstand beantragt werden, denen je einige von der Beamtzentrale überwiesen werden. Delegationskosten für die Gäste dürfen dem Parteivorstand nicht entstehen.

Anträge müssen bis spätestens 17. März bei der Beamtzentrale (Hermann Wäger, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3) eingegangen sein.

Wünsche wegen Quartierbeschaffung (beabsichtigte Dauer des Aufenthaltes, Privatquartier oder Hotel) sind gleichfalls an die Beamtzentrale bis 17. März zu richten.

Der Parteivorstand.

(Beamtzentrale.)

Verbot des „Deutschen Herold“.

Durch Verordnung des Oberbefehlshabers ist am gestrigen Sonnabend der „Deutsche Herold“, eine Organisation, die an die Stelle der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ getreten war, verboten worden. Es war bekannt geworden, daß der „Deutsche Herold“ am Sonntag und Montag in Berlin Versammlungen abhalten wollte und daß besonders am Montag im Kriegervereinshaus eine große Kundgebung stattfinden sollte. Der Oberbefehlshaber hat deshalb sämtliche Kundgebungen verboten und durch Beamte der Abteilung IA die Bureau in der Dessauer Straße besiegeln lassen. Die Betroffenen haben gegen die Anordnung des Oberbefehlshabers Beschwerde erhoben.

Eine Kundgebung des Mittelstandes.

Der Reichstagsrat über die geistige Not.

Im Plenaritzungssaal des Reichstages fand gestern vormittags in Anwesenheit des Reichspräsidenten, des Reichstagsrats und verschiedener Reichsminister eine Kundgebung für den gefährdeten geistigen Mittelstand statt.

Als erster Redner forderte der Reichstagsabgeordnete Dr. Czerwik in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Schutzbundes für die nationale Kultur der Deutschen nach einem Hinweis auf die französische Politik, die ein immer noch genaliges Volk von 60 Millionen zur Verzweiflung treibe, für die gesamte notleidende deutsche Kulturlandschaft Gerechtigkeit von allen, die am Verfasser Vortrag beteiligt sind. Desgleichen richtete er an Regierung und Reichstag die Bitte, daß sie der Not des geistigen Mittelstandes mehr als bisher Rechnung tragen.

Reichstagsrat Marx erklärte es darauf für die Pflicht der Regierung, den Sturz der Wirtschaft aufzuhalten und zu versuchen, zu einer ruhigen Entlohnung zu kommen und nach einer hoffentlich der Gerechtigkeit entsprechenden Regelung unseres Verhältnisses zu den Entlassenen auf Grund des Verfallers Friedens auch zu einer ruhigeren Entlohnung unserer Finanz- und Wirtschaftslage zu gelangen. Der Staat hat ein Interesse an Wohlergehen aller Kreise der Bevölkerung, und gerade der Kulturstaat unserer Zeit hat ein besonderes Interesse an Geistesarbeitern. Wenn alle Kreise die Wahrheit dieses Satzes erkannt hätten, dann würden gerade weite Kreise der Industrie und des Handels in den letzten Jahren und Monaten der Not und des Elends für die Intellektuellen von ganz anderen Gedanken befaßt gewesen sein und würden sich zu ganz anderen Taten haben aufwachen müssen, als wir sie leider Gottes zu verzeichnen hatten. Der Reichstagsrat wies dann den außerordentlichen Wert der Geistesarbeiter für die Entwicklung der Industrie und Handel einerseits und für den Ausbau des Arbeiterklasses andererseits nach und erklärte, daß die deutsche Arbeit und die deutsche Industrie den kommenden schweren internationalen Wettbewerb nur dann siegreich bestehen können, wenn außerordentliche Qualitätsarbeit in jeder Richtung geleistet wird.

Nach dem Reichstagsrat ergriffen noch das Wort: Dr. Dopf, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksverbandes Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse kurz die furchtbare individuelle Not unter den Angehörigen journalistischer Berufe schilderte; Dr. Ludwig Janda, der für das freie Deutsche Schrifttum betonte, daß keine Weiterentwicklung der Welt da ohne die Mitwirkung der deutschen Geistesarbeit möglich und denkbar ist; Geheimrat Sanftwot Dr. Herzau, der die furchtbare Rolle der menschlichen Wissenschaft, der Krankenversorgung, der Krankenpflege sowie der einzelnen Berufe beleuchtete; Architekt Dr. Siedler, der auf die Not der deutschen Künstlerwelt hinwies, und schließlich der Hauptgeschäftsführer der Selbsthilfe der deutschen Studentenschaft Dr. Schaefer.

Die Versammlung nahm schließlich einstimmig eine Entschleunigung an, die darauf warnt, die Verelendung der deutschen Kultur als die Sonderangelegenheit eines einzelnen Volkes zu betrachten.

Poincarés unbekannter Kronzeuge.

Paris, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Poincaré hat am Sonnabend in der Kammer auf die Vernehmung eines Mitgliedes der Sachverständigenausschüsse angespielt, das gesagt haben soll, die Sachverständigen würden auf dem Wege zu einer Lösung der Reparatorenfragen nicht so weit gekommen sein, wenn Frankreich nicht im Ruhegebet stände. Mehrere Sonntagmorgenblätter wollten wissen, daß der Vorsitzende des zweiten Sachverständigenausschusses, Mac Kenna, der Autor dieser Vernehmung sei. Das ist nicht zutreffend, und Mac Kenna läßt diese Information am Sonntagabend ausdrücklich dementieren.

Sollte am Ende der Autor dieses geistvollen Ausspruches ein französisches Mitglied des Sachverständigenausschusses sein?

Liquidierungswesen.

Paris, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zeitschrift „Europe Nouvelle“ gibt einige Einzelheiten über die geheime Versammlung, die am 19. April im französischen Auswärtigen Amt stattfand und an der die französischen Delegierten in den Sachverständigenfamilien sowie der Finanz-, der Kriegs- und der Wiederaufbauminister teilnahmen und wobei über die wirtschaftliche Räumung der Ruhr beraten wurde. Die Diskussion sei sehr lebhaft gewesen. Man habe darauf hingewiesen, daß die Belgier gern die Eisenbahnregie übernehmen würden. Poincaré habe erklärt, die Eisenbahnregie könne nur aufgegeben werden, wenn Frankreich anderweitig ebenbürtige Garantien erhalte. Ferner habe man beschlossen, Deutschland höchstens ein Moratorium von drei Jahren zu gewähren und zu fordern, daß der Kontrollleur der Goldnotenbank nicht ein Neutraler, sondern ein Franzose oder Belgier sei.

Zur Bürgermeisterwahl.

Am morgigen Dienstag tritt der Stadtverordneten-Ausschuss zusammen, der für den verstorbenen Genossen Ritter die Ersatzwahl für den Bürgermeisterposten in Berlin vorzunehmen soll. Die Aufgabe des Ausschusses wird dadurch kompliziert, daß er außerdem noch den auf Grund der preussischen Personalabbauregung notwendigen Abbau des Berliner Magistrats und der Bezirksämter vornehmen soll. Niemand verschließt sich der Möglichkeit oder vielmehr dringenden Notwendigkeit, den allgemeinen Beamtenabbau auch auf die leitenden Magistratskörperlichkeiten zu erstrecken. Aber es liegt in der Natur der Sache, daß das beim Berliner Magistrat leider mal wieder zu einer hochpolitischen Angelegenheit wird.

Man kann jetzt schon annehmen, daß durch das Ausscheiden der über 65 Jahre alten Magistratsmitglieder die geringe sozialistische Mehrheit verloren gehen wird. Es machen sich Angelegenheiten bemerkbar, daß die bürgerlichen Parteien quasi als Bürgerblock aufzumarschieren versuchen. In der Presse und hinter den Kulissen wird für eine Kandidatur des Bürgermeisters Scholz aus Charlottenburg (Deutsche Volkspartei) Stimmung gemacht. Einige Blätter haben offen davon geschrieben, daß die Zustimmung der Deutschen zu dieser Kandidatur durch Ueberlassung des Bürgermeisterspostens in Charlottenburg an einen Deutschnationalen erlaubt werden sollte. Der Demokrat Hans Michaelis wandte sich im „Berl. Tagbl.“ sehr energisch gegen diese Bestrebungen. Der Versuch, einen Bürgerblock zu etablieren, müsse von vornherein energisch zurückgewiesen werden. Ein Kandidat könne deswegen nur ein Mann des Ausganges d. h. ein Demokrat in Betracht kommen. Leider vertritt Michaelis darauf hinzuweisen, daß die Demokraten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung durchaus nicht alles getan haben, um den Gedanken des Bürgerblocks von vornherein zurückzuweisen. Nicht nur die dreimal erfolgte Wahl Dr. Casparys erfolgte in diesem wichtigen Zeichen, auch bei hundert anderen wichtigen Gelegenheiten hat die Führung der Demokraten im Rathaus immer wieder Gemüht darauf gelegt, sich demonstrativ nicht als eine Partei der Gemühtheit, sondern als eine bürgerliche Partei zu zeigen. In diesen Tendenzen liegt überhaupt das ganze Elend der Berliner kommunalen Verhältnisse. Es fehlt die im Interesse der Gemeinde an sich unbedingt notwendige Mehrheit von Parteien, die entschlossen sind, der Gemeinde wieder vorwärts zu helfen. Zudem jedes Kind sieht, daß der Bürgerblock dazu unfähig ist können sich die Mittelparteien nicht dazu entschließen, aus dieser Unfähigkeit die Bürgerblocks die Konsequenzen zu ziehen und ein bemühendes und im Interesse der Gemeinde unvermeidliches Zusammengehen mit der Sozialdemokratie anzubahnen.

Man kann nicht leugnen, daß der Mangel an politischer Führung durch den Magistrat an diesen Zuständen einen bedeutenden Teil Schuld trägt. Es wäre die Aufgabe des Magistrats, die Parteien, mit denen allein die Geschäfte der Gemeinde geführt werden können, ständig zusammenzubringen und zusammenzuhalten. Statt dessen hat man bei den wichtigsten Vorläufen eine erkaufte parlamentarische Unentschiedenheit in der Vorbereitung und Behandlung erlösen müssen. Wichtige Steuer- und Finanzverträge mußten erst von der Stadtverordnetenversammlung ein Gesicht erhalten. Ueber die Werte hat man wertvolle Jahre verstreut. Es fehlt mit einem Wort gesagt, die ausleitende und führende Hand, die man bei aller Tätigkeit im einzelnen im Berliner Rathaus vermisst. Der Wähl eines Bürgermeisters kommt inselbstverständlich außerordentliche Bedeutung zu. Ein Bürgerblockkandidat würde inselbstverständlich die Lage der Reichsverwaltung noch viel mehr verschlechtern. Es würde auch wenig Sinn haben, einen neuen Mann hinzuzuwählen, der im Grunde keine andere Funktion ausüben könnte, als wie die anderen leitenden Magistratsmitglieder bereits heute ausüben. Einen Fortschritt könnte man nur darin erblicken, daß es gelänge, eine Kraft zu gewinnen, die die Geschäfte der Stadt wirklich zu fördern versteht durch Ausgleich unter den Parteien und durch Initiative und politische Führung lebend im Rohen Hause wirken könnte.

Die sozialdemokratische Rathhausfraktion hat nach unklarer Information zur Sache selbst noch nicht Stellung genommen. Da sie nicht über die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung verfügt, will sie zunächst die Erklärung der anderen Parteien abwarten.

Der Lustmord an Mutter und Tochter.

Das Ergebnis der Obduktion.

Zu dem Doppelmord in der Schleiermacherstraße, über den wir in der Ausgabe vom Sonntag berichteten, wird weiter mitgeteilt, daß die Obduktion der beiden Ermordeten folgendes Bild ergab: Bei Frau Hoffmann, die in der Küche aufgefunden wurde, war der Tod durch Erstickung eingetreten. Der 4 Millimeter starke Zündstocher, der die Haut und tief ins Fleisch eingeschrieben hatte, hat die Luftröhre zusammengedrückt. Das Messer, das der Körper seinem Opfer in die linke Brustseite gestochen hatte, ist ein ungefähre 20 Zentimeter langes Küchenmesser aus der Werkstatt der Ermordeten. Die Wucht des Stoßes war so stark, daß es Herz und Lunge durchbohrte und eine innere Verletzung zur Folge hatte. Ferner hat der Täter in seiner schließlichen Zeit Frau Hoffmann in die rechte Brust und das rechte Bein geschlagen. Deutlich zeichnete sich an diesen Stellen das Gebiß ab. Außer diesen Verletzungen zeigte die Tote noch einen Stich in das rechte Auge. Schläge auf Nase und Gesicht, die Blutunterlaufene Stellen und Schwellungen zeigten, bewiesen, daß ein heftiger Kampf stattgefunden haben muß. Bei der Frau Trautmann war der Tod durch Erstickung herbeigeführt. Auch hier hat der Täter auf sein Opfer eingeschlagen, und dabei das künstliche Gebiß tief in den Schlund gesteckt. Der Tod kann vor drei bis vier Tagen eingetreten sein. Die beiden Nordkommissionen sind vereinigt worden, um gemeinsam an der Aufklärung der letzten Mord zu arbeiten. Schon im Laufe des Sonntags und der vergangenen Nacht wurden alle Lokale des Kreuzbergviertels, in denen Frau Trautmann und ihre Tochter Frau Hoffmann zu verkehren pflegten, nach Anhaltspunkten durchsucht. Es wurden auch verschiedene Männer ermittelt, mit denen die beiden Frauen oder eine von ihnen verkehrt haben. Die Nachforschungen der Alibiwette, die sie alle angetreten haben, sind nach nicht abgeschlossen, doch scheint es schon nach dem bisherigen Stand, daß der Täter sich nicht unter ihnen befindet. Es ist dringend nötig, daß sich jeder, der irgend etwas zu diesem Mord beitragen kann, unverzüglich bei der vereinigten Nordkommission im Zimmer 26 des Polizeipräsidiums meldet. Die Wohnung in der Schleiermacherstraße wird heute noch einmal gründlich durchsucht werden. Bei dem Schmutz und der Unordnung, die hier herrschen, sind genaue Feststellungen schwieriger als sonst. Die Höhe der Belohnung zur Aufklärung des Doppelmordes ist noch nicht festgelegt.

Blutlaken, zu denen sadistische Neigungen des Täters den Anlaß gaben, hüfen sich in geradezu erschreckender Weise. Die letzten Morde sind Gegenstand angestrengtester Arbeit der Kriminalpolizei, die hier zunächst noch vor ungelösten Rätseln steht. Jetzt wird wieder eine neue Bluttat gemeldet, die sich in der Gartenstraße 108 zwischen Ecksteinen zugetragen hat und die ihren letzten Grund in einer gewissen sadistischen Neigung der beiden Gatten, die außerdem dem Trunke habüben, haben soll. Im einzelnen wird über diesen Fall folgendes berichtet: In der Gartenstraße 108 wohnt im Obergebäude der 47jährige Schuhmacher Theodor Jost mit seiner zwei Jahre älteren Ehefrau Hedwig in einer kleinen Wohnung. Beide Ehegatten sind starke Trinker, und so zogen sie auch am Sonnabend nach Feierabend durch die verschiedenen Lokale der Gegend. Als nach Schluß der Lokale sie nichts mehr zu trinken belamen, gingen sie in ihre Wohnung und tranken hier, wie durch Zeugenaussagen festgestellt wurde, weiter. Später brach nun zwischen den Ehegatten der übliche Streit aus. Er wurden dabei so laut, daß die Hausbewohner, die an ähnliche Austritte gewöhnt sind, aufmerksam

wurden, die Schimpfzüge startierten und in die Wohnung von Jost einbrangen. Hier bot sich ihnen ein tragisches Bild. Der Streit war zu Tüftigkeiten ausgeartet. Jost hatte ein Beil ergriffen und seiner Frau damit mehrere Schläge auf den Kopf beibracht. Frau Jost lag nun an der Erde mit klopfenden Kopfwinden an der linken Seite. Sie versuchte, sich emporzurichten, fiel aber, durch den großen Blutverlust geschwächt, immer wieder zurück. Sie wurde sofort nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. Es wurden bereits die Hausbewohner und andere Personen, die mit dem Ehepaar Jost irgendwie in Verbindung gestanden hatten, vernommen. Die Zeugenaussagen lassen erkennen, daß der Anlaß zu den Streitigkeiten stets die sadistischen Neigungen beider Ehegatten war. Frau Jost dürfte nach Aussagen des Arztes kaum mit dem Leben davonkommen. Jost ist verhaftet und wird heute noch dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Präriebrand auf dem Tempelhofer Felde.

Die zahlreichen Sonntagsschwärmer, die in der Regel die Spielplätze des Tempelhofer Feldes bevölkern, wurden gestern nachmittags Zeugen eines eigenartigen Schauspiel: die Grasflächen des weiten Platzes standen plötzlich in Flammen und der starke Südwind trieb das Feuer vor sich her in der Richtung auf die Flugzeughallen. Die herbeigerufene Feuerwehr mußte diesen Präriebrand im Februar löschen. Große, schwarze Flächen begehrt heute unter dem neu aufgetanen Schnee die Stellen, wo die Flammen entzündet wurden. Wie es heißt, ist das Feuer dadurch entstanden, daß sich zwei Obdachlose, ein 19jähriger Bäckler und 36 Jahre alter Hausbauer, auf dem Felde sich ein Feuer angemacht hatten, um sich die Füße zu wärmen. Der Wind hat dann die Flammen überraschend schnell weiter getrieben, die in dem trockenen Gras reichliche Nahrung fanden. Die beiden Obdachlosen sind jetzt als „Brandflitzer“ in Haft genommen worden.

Zwischen den Rädern der Maschine. In der Dampfmaschine „Urania“, Beihonienufer 6, kam der 17jährige Arbeiter Kurt Rengel aus der Schönholzer Straße 10 beim Antriebe einer Maschine mit einem Arm in den Keil. Er wurde herumgeschleudert und trug so schwere Kopfverletzungen davon, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus Beihonien verstarb.

Jugendstief der Spelung bedürftiger Kinder. Bis auf weiteres finden jeden Dienstag und Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Ederstraße 16, Radiovorführungen mit einem modernen Viertaktapparat statt. Nachmittags 4 Uhr, und zwar täglich, Radiostunden für Kinder. Nachmittags entrichten Kinder 10 Pf., Erwachsene 20 Pf. zugunsten der Spelung bedürftiger Kinder. Zu den Abendvorführungen, in denen das ganze Programm vorgeführt wird, sind 10 Pf. mehr zu entrichten.

Ein englisches Vert-Grassflugzeug abgestürzt. Eines der Großflugzeuge der Serie Goliath, die den Verkehr zwischen London und Paris besorgen, ist in der Nähe von Cranen abgestürzt und vollkommen zerstört worden. Die Passagiere und der Flugzeugführer blieben merkwürdigerweise unverletzt.

Neue Kabelverbindungen mit dem Ausland. Der kürzlich hat mitzuteilen, daß die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft unter Benutzung eines Seekabels eine unmitelbare Fernsprechverbindung von Emden mit der Londoner Station der Eastern Telegraph Company herbeiführen würde, die zur Verbesserung von Telegrammen nach Südamerika, Afrika, Asien und Australien bestimmt sei. Die Verbindung ist inzwischen hergestellt und heute in Betrieb genommen worden. Telegramme, die über die neue Verbindung befördert werden können, sind mit der Abgabe via Emden-Madaira (nach Südamerika) und via Emden-Capern (nach Afrika, Asien und Australien) zu bezeichnen. Ueber die Telegrammgebühren geben alle Telegrammannahmesstellen Auskunft.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Verteileremittent der 19. Beamten und Lehrer. Auf Beschluß der Arbeitersinnlichkeit findet bis zu den Wahlen vom 2. Dienstag eine Sitzung statt. Sitzungstrunk Dienstag nachm. 4 1/2 Uhr im Sitzungssaal, Köpenicker Str. 68. Beginn um 4 1/2 Uhr. Sitzung des Abbauschlusses.

24. Vert. Die heutige (Montag) Funktionierung findet bei Winger, Christburg, Ecke Wilmstr., statt.

25. Vert. Heute abend 1/2 8 Uhr Frauenabend bei Doll, Gellertstr. 26.

26. Vert. Trieb. Der für heute (Freitag) angeordnete Frauenabend fällt aus. Die Teilnehmerinnen werden gebeten, an der Konsumvereinbarung teilzunehmen.

Sport.

Reit- und Jachturnier. Der Conradsbühnenklub, der vorerst ein Grandprixturnier brachte, eine Programmannekt, die immer Anziehungskraft ausübt, sah Reit, Säuermann auf Van und Hohmann auf Kreiner als Sieger. Unter den Pferden zeigte sich am Nachmittag nicht nur Halbblut und Vollblut, sondern auch Kaltblut, und allergrößte Freude machten dem Publikum die beiden Dressurpferde. Alle Tiere waren tadellos gepflegt, wurden gut gefressen und hatten vorzüglich zu ihrem Vorne und zu ihrer Arbeit. Die Resultate des Conradsbühnenklubturniers: Tommp-Preis: 1. Gollath (n. Langen), 2. Wache, 3. Kuppelreue. Tot: Sieg 13: 10, Nl: 12, 17, 17. 2. Nhl: 1. Tomma (Hohmann), 2. Kollath, 3. Engler. Tot: Sieg 38: 10, Nl: 20, 20, 26. 3. Jachturnier: 1. Nhl: 1. Salcha (Waj. n. Gumboldt), 2. Kollath, 3. Kollath II, 4. Gollath. Tot: Sieg 21: 10, Nl: 14, 38, 22, 44. 2. Nhl: 1. Amiel (Primm-Rieen), 2. Döllath, 3. Schwabengrün, 4. Tommpreuer. Tot: Sieg 24: 10, Nl: 147, 22, 40. 4. Nhl: 1. Diabolo (Treed) 2. Grunitz, 3. Teufel. Tot: Sieg 54: 10, Nl: 26, 18, 21. 4. Nhl: 1. Vanber (Kreiner), 2. Tommp, 3. Kollath 4. Kollath II. Tot: Sieg 17: 10, Nl: 16, 12, 13, 28, 5. Nhl: 1. Morgens (Ephemer), 2. Kumbold, 3. Wache, 4. Gollath. Tot: Sieg 25: 10, Nl: 16, 26, 18. Der Sonntag brachte den Schluß des Turniers, und zwar waren die Resultate des letzten Springens wie folgt: Tommp-Preis: 1. Nhl: 1. Admig Guntz (Treed), 2. Grollath, 3. Kollath, 4. Kollath II. Tot: Sieg 100: 10, Nl: 27, 14, 38, 20. 4. Nhl: 1. Hebleros (n. Langen), 2. Waj. n. Schwaben, 4. Kollath. Tot: Sieg 20: 10, Nl: 15, 15, 24. 5. Nhl: 1. Goldreife (Prinz Sigismund von Preußen), 2. Grunitz, 3. Wache. Tot: Sieg 18: 10, Nl: 13, 17, 20. 6. Nhl: 1. Samson III (Rit. Samson), 2. Teilmund, 3. Kollath II. Tot: Sieg 136: 10, Nl: 33, 15, 22. Benefiz-Preis. 1. Nhl: 1. Wache (E. R. Wache), Tot: 27: 10. 2. Nhl: 1. Döllath (E. R. Wache), 2. Gollath. Tot: Sieg 25: 10, Nl: 15, 16. 3. Nhl: 1. Kollath (Kreiner), 2. Kollath. Tot: Sieg 29: 10, Nl: 16, 17.

Lewanow-Oliveri Sieger im 6-Stundenrennen. Das große Hans am Kaiserbaum war gestern wieder bis auf den letzten Platz gewüllt. Unter den 13 Vornen, die zum Start antraten, behand sich gute internationale Stoffe. Vom Start brach die lange Reihe mit scharfem Tempo, das dem ganzen Abend über beibehalten wurde. Lewanow gewann die erste Wertung leicht vor Bermeier und Schrage. In der zweiten (letzten) Wertung ging H. Wager als erster vor Waisenheim durch Zielbarth, H. Wager - Bermeier - Bermeier - Bermeier somit nach der ersten Stunde (41 979) mit 8 Punkten vor Lewanow - Oliveri (5). Zu Beginn der zweiten Stunde wurde das Rennen wegen eines Sturzes Saldows auf einige Zeit neutralisiert. Der Stand nach der zweiten Stunde war folgender: Lewanow - Oliveri, die ihre Punktzahl ständig erhöhen, belegten mit 15 Punkten den ersten Platz vor Rigelto - Bag (11). Bei Schluß der dritten Stunde (117 460) standen beide Paare mit der gleichen Punktzahl (21) an der Tafel. Schwager - Bermeier folgten als dritte mit 11 Punkten. Nach einiger Zeit (siehe Waisenheim) infolge Krennübermergen aus, bald darauf auch Saldow wegen Bodenstump. Grollath - Waisenheim bildeten eine neue Punktzahl, mit einer Belustigung. Nach der vierten Stunde (125 870) hatten die Spitzenfahrer ihre Punktzahl weiter erhöht. Lewanow - Oliveri (31), Wager - Bag (28), H. Wager - Bermeier hatten eine Stunde verloren. Die vier Doppelpartien in der vierten Stunde folgten für ein ständiges hartes Tempo. Die Wertungslänge zeigten Lewanow, Rigelto und Saldow händte als die stärksten Kräfte. Lewanow Oliveri konnten mit 45 Punkten weiter den ersten Platz behaupten. Rigelto - Bag folgten mit 37 und Saldow - Wager mit 29 Punkten. Der letzte Vorstoß Saldows und Stollbrink, der sehr weit vorwärts, wurde schon nach kurzer Zeit unter Führung von Lewanow erstickt. Lewanow - Oliveri verloren wieder eine Runde, Wager - Bermeier die zweite. Die letzte Wertung lieferte Wager vor Lewanow und Saldow ein. Sieger im Rennen blieben Lewanow - Oliveri mit 58 Punkten, die tapfere zweite Mannschaft Rigelto - Bag erreichten nur 49. Saldow - Wager belegten mit 38 Punkten den dritten und die Amerikaner Lewanow - Kollath mit 26 Punkten den vierten Platz.

